

Änderungsantrag

**der Abgeordneten Dr. Gregor Gysi, Dr. Fritz Schumann (Kroppenstedt)
und der Gruppe der PDS/Linke Liste**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Brigitte Adler, Robert Antretter, Angelika Barbe,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/5768 —**

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Antrag wird um folgenden Abschnitt erweitert:

„IV.

Der Ausschuß soll untersuchen,

- inwieweit durch die Besetzung verantwortlicher Positionen der Treuhandanstalt mit Vertretern des Managements aus Großunternehmen und Banken Interessenkollisionen auftreten mußten, die zur Ausschaltung von Konkurrenz, dem Erwerb von Filetstücken und Immobilien durch diese Unternehmen, Benachteiligung mittelständischer Bewerber und letztlich zur Vernichtung von Arbeitsplätzen führten;
- warum nicht gewährleistet wird, daß das bei den Banken angesammelte Geldkapital durch entsprechende gesetzliche oder andere Regelungen für Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen in den neuen Bundesländern zeitweilig herangezogen wird;
- in welchem Umfang eine Vermögensübertragung von ehemaligem Volkseigentum der DDR zugunsten von Großunternehmen und Banken stattgefunden hat; wie diese Großunternehmen und Banken der daraus resultierenden besonderen Verpflichtung, diesen Zugewinn zur wirtschaftlichen Erneuerung in den neuen Ländern einzusetzen, gerecht wurden;
- inwieweit die Einschätzung des zweiten Präsidenten der Treuhandanstalt, Dr. Detlev Rohwedder, zum Vermögen der DDR zum Zeitpunkt der Vereinigung den tatsächlichen Gegebenheiten nahe kam und erst

- durch den Druck der Bundesregierung auf überschnelle Privatisierung sowie
- unterlassene Maßnahmen zum Schutz der Produktionsstandorte in den neuen Ländern

große Teile dieses Vermögens unter Wert verkauft bzw. liquidiert und damit den im Einigungsvertrag und Treuhandgesetz festgelegten Zwecken entzogen wurden;

- in welcher Form die Bundesregierung ihrer Verpflichtung aus dem Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion nachgekommen ist, die Erstattung der bei der Währungsunion 1990 reduzierten Sparguthaben für Bürgerinnen und Bürger aus den neuen Ländern einer Klärung zuzuführen bzw. wann sie das nachholen will.“

Bonn, den 21. September 1993

Dr. Fritz Schumann (Kroppenstedt)

Dr. Gregor Gysi und Gruppe